

Der zweite Naturschutzgipfel in Heiligenblut ist nun so lange vorüber, daß eine sachliche, weniger euphorische Beurteilung der Entwicklung möglich erscheint. Und eine Analyse der Glaubwürdigkeit politischer Aussagen zu Natur- und Umweltschutzthemen erscheint gerade jetzt, wenige Monate vor der nächsten Nationalratswahl, sicher gerechtfertigt. Die Geschäftsführung des ÖNB hat aus diesem Anlaß die Natur- und Umweltschutzsprecher der drei im Parlament vertretenen Parteien um Stellungnahmen gebeten, die im vorliegenden Heft abgedruckt sind.

Es steht wohl außerhalb jeder Diskussion: Naturschutz und Umweltschutz sind auch bei den Politikern "in". Dies gilt jedenfalls für ihre Programme und Aussagen.

Stehen wir an der von uns allen verantwortungsbewußt denkenden Menschen erhofften Wende, daß auch von den politisch Verantwortlichen allgemein die Notwendigkeit anerkannt wird, mit den ökologischen Gesetzen handeln zu müssen statt gegen sie ?

Oder erleben wir nur gerade eine neue Variante, wie der Bürger mit mehr oder weniger plumpen Tricks vorexerziert bekommt, daß die sogenannten Sachzwänge auch bei bestem Willen weiterhin unverantwortliches Vorgehen erzwingen ?

Nun, wir werden ja sehen, wie die auszuarbeitenden Alternativen für die Variante 74/3 ausschauen. Ob als Ersatz für die Umbalfälle weitere Ableitungen als unerläßlich angesehen werden, oder doch ein in seinem Umfang eingeschränktes Projekt vorgelegt wird. Die Varianten sind von der Kraftwerksgesellschaft Osttirol auszuarbeiten, die zu 100 % in Händen von Bund und Land liegen (51 % Verbundkonzern, 49 % TIWAG).

Die also nach den Vorgaben zu planen hat, die von den Landes- und Bundespolitikern vorgegeben werden.

Möglicherweise bahnt sich jetzt eine Verlagerung der "Naturschutzfront" an: Die verantwortlichen Politiker in gemeinsamen Bemühungen mit den Natur- und Umweltschutzverbänden um eine möglichst umweltschutzfreundliche Variante.

Dieselbe Front gegen eigenwillig, uneinsichtig arbeitende hohe Beamte, die zu wenig umweltbewußte ÖMV usw.

Wenn man die Geschehnisse bei der Verhandlung um das Kraftwerksprojekt Osttirol im Sommer in Erinnerung ruft, gar keine so abwegige Idee: Hier hat doch tatsächlich die anwesende Delegation von Beamten der Tiroler Landesregierung die Stellungnahme der Tiroler Landesregierung, die der Empfehlung des Naturschutzbeirats entsprach, kurzentschlossen innerhalb weniger Minuten widerrufen, auf den Kopf gestellt und sich im Namen des Landes Tirol für die Variante 74/3 entsprechend der Forderung der Kraftwerksgesellschaft ausgesprochen, als diese erklärte, ohne Umbalfälle wurde sie das Kraftwerk nicht errichten.

Doch Vorsicht: Kein Kenner der Tiroler Naturschutzszene wird auch nur eine Sekunde glauben, daß ein derart weitreichender Schritt ohne Wissen des Landeshauptmannes von Tirol von den Beamten gewagt worden wäre. Sicher haben Energiegesellschaften, die ÖMW und andere verstaatlichte Einrichtungen ihre Eigengesetzlichkeiten. Dagegen müssen sich auch die Vertreter der Besitzer, Bund und Länder erst durchsetzen. Doch fällt es wirklich schwer anzunehmen, ein Landeshauptmann vom Format eines Wallnöfers oder Bundeskanzler Kreisky könnte sich nicht entsprechend durchsetzen.

Die Gefahr besteht somit wirklich, daß es zu Scheingefechten in der Öffentlichkeit kommt, in denen dann die verantwortlichen Politiker möglicherweise gegen die

entsprechenden, von ihnen selbst geleiteten und sollte daher unverzüglich aufgehoben werden. oder maßgeblich beeinflussten Körperschaften, Gesellschaften usw. auf Grund der "Sachzwänge" ihre Natur- und Umweltschutzideen begraben müssen.

Einer dieser Sachzwänge, der jede mittel- und langfristig wirksame Politik lähmt, ist darin zu sehen, daß Energiegesellschaften verpflichtet sind, ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzugehen. Dieser scheinbar sinnvolle Auftrag hat zur Folge, daß Maximalvarianten notwendig werden. Nicht wägbare und energiewirtschaftlich nicht wirksame Auswirkungen müssen daher weitgehend unberücksichtigt bleiben. Gerade diese sind jedoch mit einem entscheidenden Teil der gesamtpolitischen Wirksamkeit für Entwicklung und Stabilisierung eines Landes. Die Gesetzesbestimmung entspricht somit nicht mehr den zeitgemäßen Forderungen an Staatsbetriebe

Nun soll nicht der Eindruck entstehen, die Äußerungen von Politikern würden von Naturschutzseite pauschal nicht für bare Münze genommen. Hier wird deutlich differenziert auf Grund der Erfahrungen, die in der Praxis gewonnen wurden.

Doch auch Ankündigungen von Politikern, denen ehrliches Bemühen um ihr Land nicht abgesprochen werden muß, sich aber durch mangelndes Umweltverständnis geradezu profiliert haben, darf nicht von vorn herein der Wahrheitsgehalt abgesprochen werden. Aber jeder, der sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten aktiv für Natur- und Umweltschutz eingesetzt hat, wird und muß dabei skeptisch bleiben. Es bleibt zu hoffen, daß Heiligenblut nicht eine Art Potenkimsches Dorf für Naturschutzaktivitäten der Spitzenpolitiker wird.

W. K.



Soll so die Zukunft unserer Gebirgsbäche aussehen?

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1982

Band/Volume: [1982_6](#)

Autor(en)/Author(s): Anonymus

Artikel/Article: [An der Wende? 156-157](#)